

05.07.2013 - Hungerlohn unterm Stern

## **Daimler: Die neue B-Klasse in der Arbeit?**

von Jochen Gester

Zur besten Sendezeit strahlte die ARD am 13. Mai einen Beitrag des SWR aus, der die gängige Vorstellung erschütterte, der Vormarsch der prekären Arbeit ende vor den Toren der gewerkschaftlich gut organisierten Konzerne der deutschen Automobilindustrie. Mitnichten. In Günter-Wallraff-Manier und mit versteckter Kamera ließ sich der Fernsehjournalist Jürgen Rose vom Personaldienstleister DIWA anheuern.

Von dort wurde er ans Logistikunternehmen Preymesser ausgeliehen, das ihn als Werkvertragsarbeiter zu Daimler ans Band schickte, um dort Zylinderköpfe aufzunehmen und in Transportkisten zu verpacken, die nach China geschickt werden. Rose arbeitete in der Fabrik in einem integrierten Arbeitsprozess mit regulär beschäftigten Arbeitern des Autobauers, er hatte den Anweisungen eines Vorgesetzten zu folgen, der ein leitender Angestellter der Firma Daimler ist. Dies ist jedoch bei Werkverträgen untersagt, so dass es sich hier klar um eine Form der Scheinselbstständigkeit und damit um illegale Arbeitnehmerüberlassung dreht.

Die TV-Reportage legte eine Dreiklassenstruktur unter den Beschäftigten offen. Der niedrigste Monatslohn einer nach dem Metalltarifvertrag bezahlten Arbeitskraft liegt bei 3500 Euro brutto. Leiharbeiter steigen mit 2600 Euro ein. Doch den größten Absturz erlebt ein Arbeitskraftunternehmer, wenn er einen Werkvertrag hat. Rose erhielt für die körperlich monotone und anstrengende Arbeit einen Monatslohn von gerade mal 1220 Euro. Davon blieben ihm 990 Euro netto. Überdurchschnittlich viele junge Beschäftigte werden auf diese Weise ausgebeutet. Das Unternehmen spart sich zudem die Sozialversicherungsbeiträge und die Steuern, die bei einem regulären Gehalt anfallen. Im Ergebnis zahlt das Gemeinwesen die Rechnung. Das zuständige Jobcenter stellte Rose einen Aufstockungsbetrag von 1550 Euro in Aussicht. Damit wäre der Steuerzahler mit 56% an den Lohnkosten beteiligt.

Nach diesen Enthüllungen ging eine Anzeige wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft ein. Doch ob die Staatsanwaltschaft hier Ermittlungen aufnimmt, ist fraglich, handelt es sich doch nicht um eine leicht abstellbare Überspitzung, sondern um eine Praxis, die in der Automobilindustrie verbreitet ist. Daimler-Vorstandschef Zetsche wies wohl zurecht auf den Umstand hin, dass Daimler

hierbei nicht die Speerspitze ist, sondern Konkurrenten folgt, die sich in einzelnen Werken ihre Wertschöpfung heute bis zu 50% von Fremdfirmen erarbeiten lassen. Zetsche will in den nächsten Jahren 4 Milliarden Euro einsparen.

Da klingt es wie eine Drohung, wenn er hinzufügt: «Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird Daimler verändern.»

Sollte es wirklich zu einem Verfahren kommen, hält der Konzern kosmetische Veränderungen bereit. Gedacht ist an den Einbau von Trennwänden, um den gesetzlichen Ansprüchen genüge zu tun. Rose konfrontierte auch den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erich Klemm mit den Ergebnissen seiner Recherchen, ohne ihm allerdings zu verraten, dass er selbst am Band stand. Der Gewerkschafter erklärte, es erschrecke ihn, wenn diese Recherchen stimmten. Wenn ja, müsste das Unternehmen sie abstellen. Hunderte von Werkvertragsarbeitern stehen an den Bändern und keiner der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten will etwas davon mitbekommen und weitererzählt haben? Das erinnert doch sehr an das Bild mit den drei Affen.